

KANZLEIBLATT

Kundenzeitung

Ausgabe Jänner / 2011

Die ideale Pensionsvorsorge

**Eigentum und Mieten
seit 2010 empfindlich teurer!**

Kanzlei
Nikoll & Raith
Finanzberatung

**Private Equity
schlägt Aktienmarkt**

**Zwangskonvertierungen
laut Gericht verboten!**

**Staatlich geförderte Zukunftsvorsorge
Der Vergleich zeigt die Wahrheit
"außer Spesen nichts gewesen!"**

**"Die bösen Banken"
kritisch hinterfragt!**

WISSEN SCHAFFT KLARHEIT!

Werte Damen und Herren, liebe Klienten und Freunde unseres Hauses!

2011-> das Jahr danach

Alles dreht sich um langfristige und konservative Geldanlagen. Sparbücher sind nur mehr als Zwischenparkdeck zu sehen. Auf längere Zeit gesehen frisst die Inflation und die Kest jeden Ertrag auf, daher sind diese derzeit ein Minusgeschäft.

Wir sind aus diesem Grund ständig für SIE auf der Suche nach idealen Produkten, die in Krisenzeiten die Verluste auf ein Minimum reduzieren bzw. für konservative Anleger das eingesetzte Kapital absichern und obendrein eine gute Performance abliefern. Dies hat sich auch 2010 wieder gezeigt. Der Großteil der Beteiligungen hat auch 2010 trotz wirtschaftlicher Engpässe, Ausschüttungen an die Anleger vor genommen! Einige wenige mussten diese aussetzen, aber das eingesetzte Kapital ist dennoch nicht gefährdet.

Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe einige neue Produkte vor, die unseren hohen Qualitätsstandards entsprechen. Auch kritische Berichte zu aktuellen Themen sind in unserem Kanzleiblatt zu finden.

Wie immer würden wir uns über ein Feedback Ihrerseits sehr freuen!

Positives Denken soll der Grundstein für ein erfolgreiches Jahr 2011 sein!



Herzlichen Glückwunsch

Wir freuen uns, gemeinsam mit den beiden Eltern Agnes und Michael, über die Geburt ihrer Tochter Marlene.

Wie man sieht, wird "klein Marlene" bereits in jungen Jahren auf den Lieblingssport vom Papa eingeschworen (siehe Foto Pullover -> American Football).

Wir wünschen der jungen Familie auf diesem Weg alles Gute und freuen uns schon auf das erste Beratungsgespräch mit Marlene....

Termine für 2028 sind noch ein paar wenige vorhanden!

ENDLICH IST SIE DA! Die sinnvolle Pensionsvorsorge

Nach langer Suche ist es uns gelungen, zwei Alternativen zur klassischen Pensionsvorsorge zu finden. Beide Produkte investieren in Sachwerte und sind als wirtschaftliche Beteiligungen (börsenunabhängig) konzipiert.

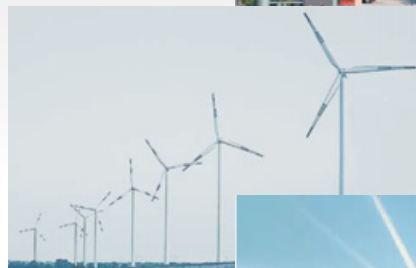
Warum ideal für die Altersvorsorge?

Beide Produkte können monatlich bespart werden (ab € 70,- bzw. 100,- mtl.)! Sie können sich zwischen 2 Varianten entscheiden:

1. Die Solide: Hier wird in mehrere Gewerbeimmobilien in Deutschland investiert. Diese Variante ist äußerst flexibel (Zuzahlungen möglich, verkürzte Einzahlungsdauer,...) und als Immobilieninvestment konservativ geplant.

2. Die Grüne: Hier wird in mehrere unterschiedliche Projekte der erneuerbaren Energiegewinnung investiert: Windkraft, Photovoltaik, Solar, Wasserkraft,...

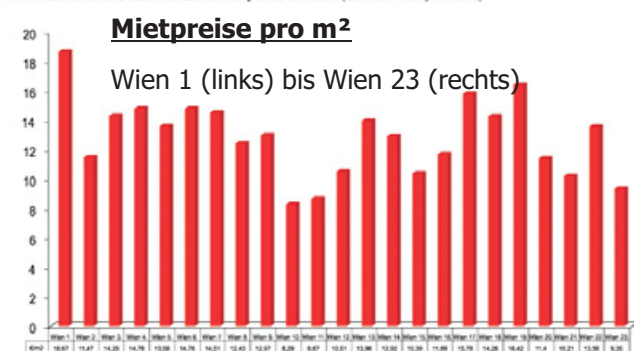
Details dazu im Veranlagungsteil Seite 6!



Immo-Barometer Dezember 2010: Eigentumspreise in Wien (Quelle: FindMyHome.at)



Immo-Barometer Dezember 2010: Mietpreise in Wien (Quelle: FindMyHome.at)



Eigentum und Mieten erleben derzeit "Höhenflüge"!

Eigentumspreise und Mieten stiegen in Wien teilweise empfindlich.

„Der Trend in Immobilienobjekte zu investieren blieb konstant, was bei vergleichsweise wenigen neuen Flächen zu deutlichen Preissteigerungen führte“, analysieren die beiden Immobilienexperten Benedikt Gabriel und Bernd Gabel-Hlawka vom Portal FindMyHome.at. Der Eigentumspreis stieg seit Jahresbeginn um satte 2,9 Prozent von durchschnittlich € 3.231,- auf aktuell € 3.327,- pro Quadratmeter. Der Mietpreis kletterte etwas sanfter nach oben und stieg um 1,2 Prozent von 12,67 auf 12,82 Euro pro Quadratmeter.

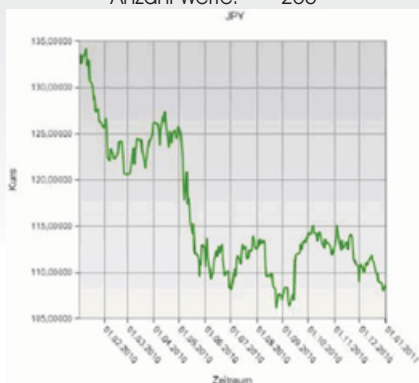


Aktuelle Kursdaten der letzten 12 Monate

Kursübersicht für JPY

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

niedrigster Wert: 106,1900
höchster Wert: 134,2300
Durchschnitt: 116,2408
Anzahl Werte: 256



Kursübersicht für CHF

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

niedrigster Wert: 1,2475
höchster Wert: 1,4873
Durchschnitt: 1,3805
Anzahl Werte: 256



Kursübersicht für USD

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

niedrigster Wert: 1,1942
höchster Wert: 1,4563
Durchschnitt: 1,3249
Anzahl Werte: 256



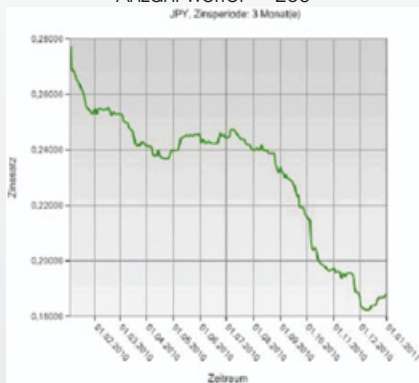
Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit über die Finanzkraft der sogenannten PIGS Staaten (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) ist der Euro weiterhin unter Druck und dies wirkte sich negativ auf die Kreditstände der Fremdwährungskunden aus. Dennoch ist die europäische Wirtschaft schneller und besser in Schwung gekommen als z.B. die der USA und somit sollte dies 2011 den Euro wieder stärken.

Aktuelle Zinsdaten der letzten 12 Monate

Zinsübersicht für JPY (3 Monate)

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

niedrigster Wert: 0,1825
höchster Wert: 0,3513
Durchschnitt: 0,2775
Anzahl Werte: 253



Zinsübersicht für CHF (3 Monate)

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

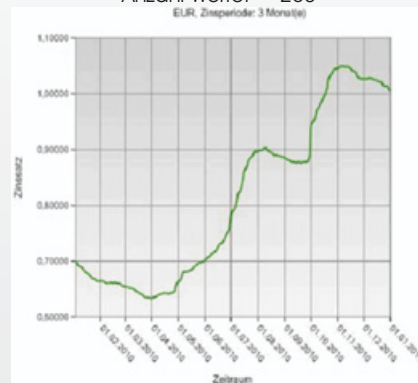
niedrigster Wert: 0,0767
höchster Wert: 0,2517
Durchschnitt: 0,1882
Anzahl Werte: 253



Zinsübersicht für EUR (3 Monate)

Täglich
vom 01.01.2010 bis 01.01.2011

niedrigster Wert: 0,6340
höchster Wert: 1,0500
Durchschnitt: 0,8124
Anzahl Werte: 253



Die Zinspolitik fast aller Nationalbanken ist unverändert. Die Zinsen bleiben niedrig und dies sollte sich auch 2011 nicht ändern. Gerade die Schweizer müssen aufgrund ihres starken Frankens die Zinsen niedrig halten, da Zinssteigerungen grundsätzlich auch die Währung stärken und das ist momentan genau das Gegenteil, was die Schweizer möchten. Die starke Währung benachteiligt die Schweizer massiv bei Exporten! Laut Studien belastet ein um 10% stärkerer Franken das BIP um -0,3% pro Jahr! Seit 2007 = 0,8% vom BIP!

VKI

10-Prozent-Klausel bei Fremdwährungskrediten rechtswidrig

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat – im Auftrag der Arbeiterkammer Vorarlberg – die Sparkasse Bludenz mit Verbandsklage wegen vier gesetzwidriger Klauseln in Fremdwährungskrediten geklagt. Bei drei Klauseln kam es rasch zu einem gerichtlichen Unterlassungsvergleich. Eine Klausel wurde nun vom Landesgericht Feldkirch für gesetzwidrig erklärt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Sparkasse Bludenz sah – wie viele andere Banken auch – eine Schwelle von zehn Prozent für Währungsschwankungen vor. Übersteigt der austaufende Euro-Gegenwert des Fremdwährungskredits den Ausgangswert bei Kreditauszahlung um mehr als zehn Prozent, sollte der Kunde verpflichtet sein, weitere Sicherheiten beizubringen oder den Kredit sofort zurückzuzahlen.

Das Landesgericht Feldkirch sieht darin ein Rücktrittsrecht der Bank, das sachlich nicht gerechtfertigt sei. Es geht davon aus, dass das



Konsumentenschützer Dr. Peter Kolba, bei Anlageberatern üblicherweise nicht beliebt, dürfte mit dem erstritten Urteil wieder einiges an Terrain gutmachen.

Wechselkursrisiko das Wesen eines Fremdwährungskredits ausmache und die Bank daher bei Überschreiten eines in den AGB festgesetzten Schwellenwertes nicht einfach neue Sicherheiten oder Kreditrückführungen verlangen könne. Schließlich könne eine solche Überschreitung – das zeigt die Erfahrung – auch nur temporär auftreten.

Im Übrigen hat die Bank zu folgenden Klauseln einen Unterlassungsvergleich ge-

schlossen, wie der VKI in einer Mitteilung informiert:

1. Die Bank wollte bei Änderungen der Refinanzierungsmöglichkeiten diese Kosten auf den Kunden überwälzen. Stimmt dieser nicht zu, dann sollte er den Kredit zurückzahlen oder konvertieren.

2. Bei Verstoß gegen irgendeine der Verpflichtungen des Vertrags wollte die Bank das Recht zur Zwangskonvertierung und Fälligkeitstellung.

3. Überschießende Regelung einer sofortigen Kündigung des Kredits durch die Bank.

„Es ist sinnvoll, wenn Kunde und Bank das Wechselkursrisiko genau beobachten und bei allzu riskanten Entwicklungen auch Konsequenzen ziehen, aber es geht nicht an, dass im Kleingedruckten ein Schwellenwert festgelegt wird, der – so die Erfahrung – allzu leicht überschritten werden kann und den Kunden auf Gedeih und Verderb der Bank ausliefert“, kommentiert Peter Kolba, Leiter des Bereichs Recht, das erfreuliche Urteil. „Dieses Verfahren kann der ganzen Branche als Leitschnur dienen.“

www.verbraucherrecht.at



17. Dezember 2010

Economics & FI/FX Research
Freitagspapier

Zins- und Währungsprognosen (I)

ZINSPROGNOSEN (IN %, QUARTALSENDSTÄNDE)

2011	aktuell	Ende-Q1	Ende-Q2	Ende-Q3	Ende-Q4
Euroland Bondmarkt (Bundesanleihen)					
Refi-Satz	1.00	1.00	1.00	1.00	1.25
3M Euribor	1.02	1.05	1.10	1.20	1.55
Schweiz					
3M CHF Libor Zielsatz	0.25	0.50	0.75	1.00	1.25
3M CHF Libor	0.17	0.50	0.75	1.00	1.25

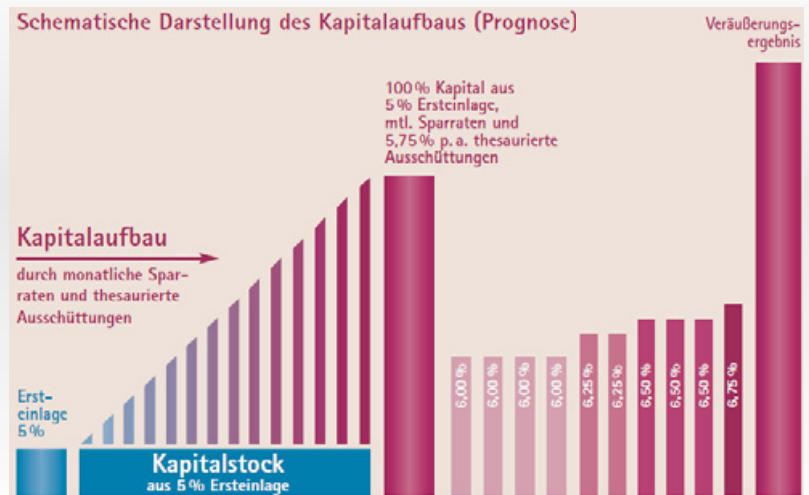
WÄHRUNGSPROGNOSEN (QUARTALSENDSTÄNDE)

2011	aktuell	Ende-Q1	Ende-Q2	Ende-Q3	Ende-Q4
EUR-USD	1.3254	1.27	1.35	1.38	1.41
EUR-JPY	111.38	104	112	117	123
EUR-GBP	0.8518	0.84	0.83	0.82	0.81
EUR-CHF	1.2745	1.28	1.32	1.34	1.36



Die Solide

Bei diesem Investment wird das eingesetzte Kapital in deutsche Gewerbeimmobilien investiert. Das Portfolio hat bereits 3 Immobilien erworben (1 Bürogebäude und 2 Geschäftsgebäude). Das Konzept besteht einerseits durch die Möglichkeit sich auch mit monatlichen Zahlungen zu beteiligen und andererseits durch ein sehr konservativ geplantes Konzept. Durch die monatliche Einzahlung der Anleger wird das Fremdkapital (ca. 40% des Fonds) laufend getilgt. Sobald die Beteiligungssumme, welche am Anfang vereinbart wird, erreicht ist, werden die Barausschüttungen von geplant 6% pro Jahr jährlich ausbezahlt. Dies ist ab € 70,- pro Monat auf 15 Jahre möglich. Höhere Einzahlungen erhöhen entweder die Ausschüttungen in 15 Jahren oder verkürzen die Dauer der Einzahlung!



- 1. Bsp.:** € 2.000 Ersteinlage + € 70 mtl. = € 20.000 Beteiligungssumme **in 15 Jahren** (Einzahlungen + wiederveranlagte Gewinne) Ab dem 15. Jahr bekommt man dann, laut Prognose, jährlich 6% Ausschüttung bis zum Laufzeitende 2041. Bei Laufzeitende werden die Immobilien verkauft und die Gesellschaft kalkuliert mit rund 120% Veräußerungsgewinn der Beteiligungssumme!
- 2. Bsp.:** € 2.000 Ersteinlage + € 200 mtl. = € 20.000 Beteiligungssumme **in nur 6 Jahren** (Einzahlungen + wiederveranlagte Gewinne) Ausschüttungen erfolgen hier bereits ab dem 6. Jahr! Rest wie Bsp.1

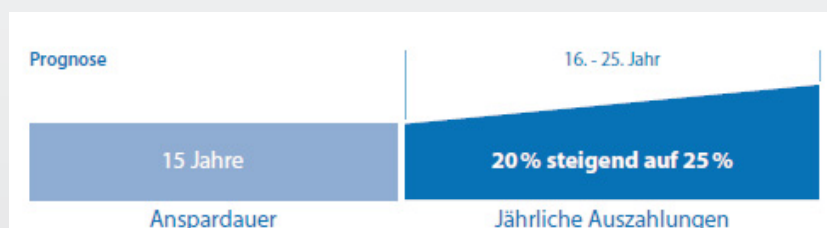
Variante 1:

Ersteinzahlung: € 3.000,- monatliche Zahlung: € 200,-
Einzahlung: 7,5 Jahre Beteiligungssumme: € 20.000,-



Variante 2:

Ersteinzahlung: € 3.000,- monatliche Zahlung: € 100,-
Einzahlung: 15 Jahre Beteiligungssumme: € 20.000,-



Die Grüne

Diese Ansparvariante besteht durch ihr "grünes Investment"! Hier können Sie für Ihre Pension vorsorgen und gleichzeitig die Umwelt fördern und schützen. Ziel dieser wirtschaftlichen Beteiligung ist es in erneuerbare Energien wie Solar-, Photovoltaik-, Windkraft-, Biogas- und Wasserkraftanlagen in Deutschland zu investieren. Auch hier ist die Streuung für uns ein wichtiger Faktor, da die meisten am Markt befindlichen Angebote nur in eine Anlage investieren. Zusätzliche Sicherheit bietet dieser Fonds, da er nur in Anlagen investiert, die nach dem deutschen "Erneuerbare Energien Gesetz" gefördert werden. Bei dieser Variante enthalten die jährlichen Ausschüttungen Gewinne + eingesetztes Kapital, sodass am Ende der Laufzeit von 25 Jahren keine Endausschüttung erfolgt.

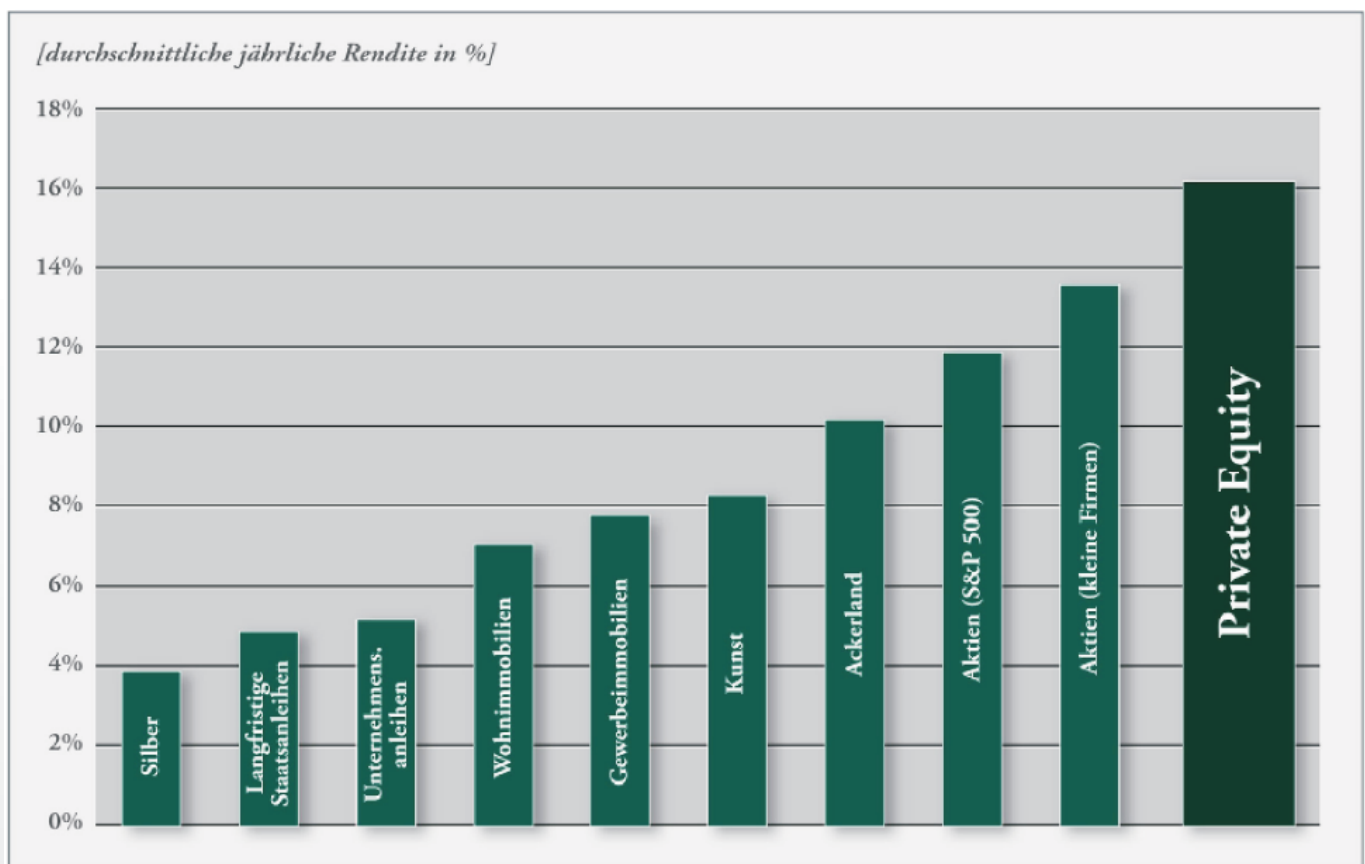
Private Equity schlägt Aktienmarkt

Eine Langfrist-Studie bringt ans Licht, dass Private Equity-Investitionen signifikant rentabler sind als Anlagen in den Aktienmärkten.

Erhoben wurden die Daten von der HEC School of Management in Paris und der Fund-of-Fund-Investmentfirma Golding Capital Partners in München. Sie untersuchten insgesamt 4000 Private-Equity-Transaktionen, die zwischen 1977 und 2009 getätigt wurden, und verglichen sie mit den Entwicklungen in vergleichbaren börsennotierten Aktien.

Ein Ergebnis: Insgesamt lag die Performance im Private Equity-Bereich um gut **7 Prozent höher** als an den Aktienmärkten. **In Rezessionsphasen** verdoppelte sich der Alpha-Vorsprung sogar auf gut **15 Prozent**.

Dabei schloss diese Untersuchung sogar den Leverage (Hebelung der Private Equity Transaktionen) aus: Zur Messung wurden lediglich die Preise zum Zeitpunkt der Transaktionen beigezogen.



Quelle: Morgan Stanley American Investments (annual rates of return 1945-1994),
aktualisiert durch „The Economist“ 19.02.1994

Wenn auch Sie in den Bereich Private Equity (Investitionen in NICHT börsennotierte Unternehmen) investieren möchten, dann kontaktieren Sie uns. Die Möglichkeiten reichen von Einmalerlägen ab € 2.500,- bis zu ratierlicher Besparung ab € 50,- pro Monat.



ANLEGERSCHUTZ

DR. WILHEM RASINGER

Zukunftsvorsorge: Verpasste Chance

Die Zukunftsvorsorge, ein aus Steuergeldern hoch subventioniertes Finanzprodukt (2011: 8,5 % der jährlichen Prämie), das vom damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser eingeführt wurde, hat den Härtestest durch die Finanz- und Kapitalmarktkrise nicht bestanden. Die erwirtschafteten **Renditen sind enttäuschend. (+4% bis -13,6%)**

Für die Anbieter(alle am Markt befindliche Versicherungen) ist dieses Produkt ein tolles Geschäft, weil es die meisten Kunden nicht wirklich verstehen, - sich mit der Förderung durch den Staat zufrieden geben - und hoffen, dass am Ende der überlangen Laufzeiten sich alles noch zum Guten wenden wird. 32 % der Verträge laufen über 40 Jahre, 19 % über 30 Jahre und 22 % über 20 Jahre. Durchaus sinnvoll ist die Herabsetzung (vom Staat bestimmt) der verpflichtenden Aktienquote von 40 % auf 30 bzw. eine weitere Reduktion für ältere Kunden.

Unverständlich ist, dass Investitionen in die Zukunftsvorsorge nicht ohne (teure) Kapitalgarantie möglich sind. Eine Kapitalgarantie ist nur bei kurzen Laufzeiten zu vertreten. Es ist auch zu hinterfragen, ob es für den Anleger wirtschaftlich sinnvoll ist, zum einen auf risikoreiche Veranlagungen zu setzen, und zum anderen das Risiko durch eine teure Garantie auf einen Garantiegeber zu überwälzen. **Denn die Garantiekosten fressen langfristig betrachtet den möglichen höheren Ertrag auf.**

Wann werden endlich alle verstehen, dass auf den Kapitalmärkten keine Geschenke verteilt werden.

Die zuletzt geführte Diskussion um die von der FMA ausgeforschten 14 „ausgestoppten“ Garantiefonds (Aktienquote ist auf null gestellt) betrifft vor allem nach dem dynamischen CPPI-Modell gemanagte Bankprodukte. Wer von den Anbietern betroffen ist, ist an untenstehender Tabelle am unterdurchschnittlichen Ertrag 2009 leicht abzulesen. Während zahlreiche Anbieter - vor allem Versicherungen - dementierten, davon betroffen zu sein, stellt die FMA in einem Rundschreiben fest, dass betroffene Anbieter verpflichtet sind, ihre Kunden zu informieren, wenn ihre Fonds ausgestoppt wurden.

EXTREME UNTERSCHIEDE BEIM ERTRAG

Besonders im Jahr 2009 trennte sich die Spreu vom Weizen. Die Ertragsunterschiede sind enorm.

PRODUKT	ANBIETER	PRODUKTART	2006	2007	2008	2009	4 JAHRE
PENSION & GARANTIE	Uniqa/Raiffeisen	Versicherung	4,3%	1,8%	-6,2%	4,4%	4,0%
BONUS SOLIDE	Nürnberger	Versicherung	10,9%	1,4%	-31,1%	29,7%	0,5%
BAWAG Z.VORSORGE +	BAWAG Vers.	Versicherung	13,7%	1,3%	-13,6%	-0,3%	-0,8%
ESPA VORSORGE CIASSIC	Erste Bank / ESPA	Fonds	17,2%	1,7%	-21,2%	1,1 %	-5,0%
PIA VORSORGEPLUSF.	BA/ Pioneer	Fonds	9,1 %	0,8%	-14,0%	-2,4%	-7,7%
ZUKUNFTS-VORSORGE +	Wüstenrot Vers.	Versicherung	k.A.	-1,0%	-22,4%	18,9%	-8,7%
AUSTRO-GARANT FORD.	Victoria Volksb.	Versicherung	9,2%	0,0%	-27,6%	14,7%	-9,3%
AUSTRO-GARANT	Volksbank	Fonds	9,2%	0,0%	-27,6%	14,7%	-9,3%
RAIFFEISEN-PENSIONS.	Raiffeisen/RCM	Fonds	11,5%	2,0%	-24,0%	0,4%	-13,2%
ALLIANZ BONUS LIFE	Allianz Elementar	Versicherung	6,4%	1,3%	-23,4%	4,7%	-13,6%

WWW.GELD-MAGAZIN.AT

Wann werden SIE aufhören ein Sponsor der Versicherungen zu sein???
Rufen Sie uns an!

Sieben Milchmädchenrechnungen

Jetzt haben wir es den Reichen aber gezeigt! Endlich werden ihre horrenden Gewinne durch Anleihen- und Aktienspekulationen bestraft.

So ungefähr wird derzeit in den Köpfen vieler Politiker gedacht. Aktienbesitzer sind für sie (und etliche Medien) so ziemlich das Letzte. Und wenn es ums Schröpfen geht, die Ersten. Zugunsten der Milliarden für jugendfrische Hacklerpensionisten und verschwenderische Landeshauptleute.

Die Politik unterliegt freilich einer ganzen Reihe von Irrtümern.

Erstens waren Österreichs Aktien- und Anleihekäufer nicht schuld an der Finanzkrise; das waren primär Notenbanken und Regierungen, vor allem jene der USA, die mit billigem Geld das Wohlwollen der Wähler erkaufen wollten.

Zweitens gibt es natürlich längst Steuern auf Dividenden und Zinsen, was aber gerne verschwiegen wird. Lediglich über einen längeren Zeitraum erzielte Kursgewinne waren steuerfrei.

Drittens haben frühere Regierungen noch gewusst, dass eine Veranlagung von Geldern in Aktien der Wiener Börse gesamtwirtschaftlich gut und nützlich ist, weil sich dadurch österreichische Firmen Eigenkapital beschaffen können - statt von Bank- oder gar Steuergeldern abhängig zu sein. Jetzt wird hingegen Schuldenmachen doppelt begünstigt (können Schuldner doch Kreditzinsen absetzen).

Viertens ist die Besteuerung von Kursgewinnen höchstwahrscheinlich verfassungswidrig, solange nicht auch der Gewinn durch die Wertsteigerung eines Grundstückes oder eines Kunstwerkes genauso besteuert wird.

Fünftens sind Investitionen in Aktien sozialer als etwa die in Gold, weil sie Arbeitsplätze schaffen.

Sechstens irrt die Regierung bei den erwarteten Einnahmewüchsen: Denn ab 2011 wird nach einem letzten Börsen-Strohfeuer die Zahl der privaten Investoren an der Wiener Börse rapide abnehmen. Diese werden lieber und noch mehr als zuletzt Gold und Eigentumswohnungen kaufen. Was volkswirtschaftlich absolut unsinnig ist - und was zur Bildung neuer Blasen führt, aus denen künftige Crashes entstehen können (die der Propaganda-Apparat der Regierung dann wiederum dem Markt und nicht der eigenen Dummheit in die Schuhe schieben wird).

Und siebtens wird allen Leistungsträgern ein weitere Möglichkeit einer legalen Alters- und Familienvorsorge genommen. Und das noch dazu gleichzeitig mit Pensionserhöhungen, die nun schon das fünfte Jahr hintereinander Leistungsträger diskriminieren und bestrafen. Denn jene, die sich durch jahrzehntelange hohe Einzahlungen ins ASVG-System einen zumindest leicht gehobenen Alters-Wohlstand sichern wollten, werden heuer erneut betrogen: durch Einfrieren ihrer Pensionen.

Irgendwann werden die Opfer einer so leistungsfeindlichen Regierung aber auch ihrerseits ihre Leistungen einschränken, zumindest die versteuerten. Worauf dann das ganze Wohlfahrtssystem kollabieren wird.

Denkt da noch irgendjemand?

Der langjährige Chefredakteur der Tageszeitungen „Presse“ und „Wiener Zeitung“ schreibt unter „andrcas-unterberger.at“ ein Tagebuch in Blogform,

Die bösen Banken

Wer hat sich noch nicht über eine oder seine Bank geärgert? Dennoch sei der Satz gewagt: "Banken sind moralisch weder gut noch schlecht." Es gibt nur in ökonomischer Hinsicht gute Banken und schlechte; Banken mit fähigen Mitarbeitern und solche mit unfähigen.

Aber insgesamt agieren Banken wie jedes andere Unternehmen. Sie sind keine Wohltätigkeitsorganisation, sondern reagieren auf Anreize und Regeln. Und diese Anreize kommen von den Staaten.

Man analysiere nur die Regeln für Kreditvergaben. Wenn man den Vorschriften zufolge für gekaufte Staatsanleihen -ja, auch von griechischen Staatsanleihen! - kein Eigenkapital unterlegen muss, für Kredite an noch so erfolgreiche Unternehmen hingegen immer, dann ist klar: Jede Bank wird das Geld eher in Anleihen anlegen als in Firmenkredite. Dies gilt umso mehr, als nun de facto ganz Europa auch für die schwindligen griechischen Anleihen haftet. Und andere, die von den ausgabewütigen Staaten im Rekordtempo aufgelegt werden.

Die Banken werden ihre Kredite noch viel weiter zurückfahren müssen, wenn all das in Kraft tritt, was hektische Regierungen derzeit planen. Wenn die Banken künftig in Abhängigkeit von ihren Bilanzen Steuern zahlen müssen, dann werden sie mit Garantie kurze Zeit später viel niedrigere Bilanzsummen haben. Viele Geschäfte werden in wirtschaftsfreundlichere Länder verlagert werden. Der Zinsabstand zwischen Einlagen und Krediten wird sich vergrößern.

Was eine Reihe von Unternehmen dazu veranlassen wird, auf kreditfinanzierte Investitionen zu verzichten. Ob das sehr gut für Wachstum und Arbeitsplätze ist, werden dann in zwei Jahren Wirtschaftsforscher um teures Steuergeld analysieren. Der ökonomische Menschenverstand kann das freilich schon jetzt prophezeien.

Dieser negative Effekt wird sich noch weiter steigern, sobald manche Banken doppelt Bilanzsummensteuer zahlen müssen - etwa sowohl in Ungarn wie in Österreich. Und das planen Regierungen im gleichen Zeitpunkt, da das sogenannte „Basel III“ -Abkommen ohnedies eine bessere Hinterlegung jedes Kredits mit Eigenkapital verlangt.



Dennoch sagen die großen österreichischen Banken, dass sie auch in der Krise ihr Kreditvolumen erhöht haben. Das stimmt, wenn auch nur mit einem sehr kleinen Erhöhungsprozentsatz. Das kann aber andere Entwicklungen bei weitem nicht kompensieren: Ausländische Banken haben ihre Aktivitäten in Österreich rapide reduziert; Mutterkonzerne österreichischer Töchter sind bei der internen Finanzierung sehr sparsam geworden; und einige am Rande des Kollaps stehende Banken wie HAA oder Teile der Volksbanken haben ihre Kreditvergabe stark reduzieren müssen.

Damit ist sehr wohl ein Kreditengpass eingetreten. Der uns allen schaden wird. Und sehr wohl sind es die Banken, die manchen Kreditwerbern die schlechte Nachricht bringen müssen. Schuld ist aber jemand anderer. Nämlich Regierungen, die statt zu sparen lieber Steuern erhöhen.

Der langjährige Chefredakteur der Tageszeitungen „Presse“ und „Wiener Zeitung“ schreibt unter „andreas-unterberger.at“ ein Tagebuch in Blogform.



Börsenlexikon

A **B** C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z

Baisse

Phase anhaltender starker Kursrückgänge an der Börse, auch Bear-Market (Bären Markt) genannt.

Benchmark

Vergleichsmaßstab oder Bewertungsmethode für die Messung des Anlageerfolges eines Fonds. Üblicherweise wird als Benchmark der jeweils marktrelevante Aktien- oder Rentenindex verwendet. Ziel des Fondsmanagers ist es, eine bessere Wertentwicklung als der festgelegte Index (Benchmark) zu erzielen.

Börse

Als Börsen werden Märkte bezeichnet, auf denen bestimmte handelbare Güter (Waren, Wertpapiere, Edelmetalle, Devisen, Unternehmensanteile, Kreditverbriefungen usw.) gehandelt werden. Oftmals wird das Wort synonym für Aktienbörsen gebraucht. Die wichtigste Aktienbörse der Welt ist die New York Stock Exchange an der Wall Street. Weiter wichtige Handelsplätze sind Tokio, London, Hongkong und die amerikanische Nasdaq. In Deutschland ist besonders im Aktienhandel die Deutsche Börse in Frankfurt führend, wohingegen Stuttgart sich im Optionsscheinhandel, Hamburg im Fondshandel und Hannover im Wareterminhandel etabliert haben.

Blue Chip

Als „Blue Chips“ oder Standardwerte werden umsatzstarke Aktien großer Unternehmen bezeichnet. Sie zeichnen sich durch ein hohes Handelsvolumen und eine höheres Engagement institutioneller Investoren aus. Die Kursschwankungen fallen in der Regel geringer aus. Blue Chips an der deutschen Börse sind etwa BASF, Siemens, Volkswagen oder Allianz.

Briefkurs

Der Preis bzw. Kurs, zu dem Verkäufer bereit sind, Wertpapiere zu verkaufen. Im Gegensatz hierzu ist der Geldkurs der Kurs, zu dem Käufer bereit sind, Wertpapiere zu kaufen. Für die Begriffe Briefkurs und Geldkurs werden auch oft die englischen Begriffe „Ask“ und „Bid“ verwendet.

Broker

Englischsprachige Bezeichnung für Wertpapiermakler, welche auch Privatkunden haben und nicht nur Wertpapieraufträge ausführen, sondern auch Beratungs- und Finanzdienstleistungen anbieten.

Bonität

Die Bonität beschreibt die Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit eines Schuldners (Emittenten) und gilt auch als Maßstab für die Sicherheit einer Anleihe. Internationale Ratingagenturen wie Standard & Poor's (S&P), Moody's oder Fitch überprüfen regelmäßig die Bonität zahlreicher Schuldner, da sich diese aufgrund von Entwicklungen im gesamtwirtschaftlichen und unternehmensspezifischen Umfeld im Zeitablauf ändert. Kategorisiert werden Anleihen nach ihrer Bonität in investmentwürdige Anleihen (Investment Grade), Ramschanleihen (Junkbonds) und Anleihen, bei denen Zahlungsausfälle unmittelbar bevorstehen. (Griechenland + Argentinien z.B. derzeit als Junkbonds eingestuft)

Ratingagentur	Investment Grade	Junkbonds	Zahlungsgefährdet
Standard & Poor's; Fitch	AAA bis BBB-	BB+ bis CCC-	CC bis D
Moody's	Aaa bis Baa3	Ba1 bis Caa3	Ca bis C

Auch bei Kreditvergaben ein wichtiger Faktor, der sich, bei guter Bonität, in besseren Konditionen manifestiert!

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!
Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Kanzlei Nikoll & Raith Ltd. & Co KG für die Richtigkeit des Inhalts, trotz sorgfältiger Überprüfung und Rücksprache mit den Betroffenen der Anzeigen und Artikeln, keine Haftung übernimmt.



Nicole B. Nikoll
gesetzlich befugte Vermögensberaterin
Kreitnergasse 27 Top 41
A - 1160 Wien
Telefon:
+43 (0) 699 1 94 792 18
+43 (0) 676 41 005 82
eMail:
nicole.nikoll@kanzlei-nr.com



Andreas Raith
gesetzlich befugter Vermögensberater
Johann Rieglergasse 6
A - 2542 Kottlingbrunn
Telefon Fax:
+43 (0) 699 1 38 397 10
+43 (0) 1 25 33 033 87 90
eMail:
andreas.raith@kanzlei-nr.com